

# Wenig Hoffnung auf ausreichenden Ersatz

Ankündigung des Ausgleichs für Straßenausbau-Beiträge stößt im Burgbernheimer Stadtrat auf Kritik

VON CHRISTINE BERGER

**BURGBERNHEIM** – Die zuletzt hohen Steuereinnahmen und die Einnahmen aus dem Verkauf von Bauplätzen könnten unterm Strich die Aufstellung des städtischen Etats für das laufende Jahr retten, zumindest aber erleichtern. Die Nachrichten aus München, wie die Straßenausbau-Beiträge kompensiert werden sollen, haben nach Einschätzung von Bürgermeister Matthias Schwarz nicht das Potenzial dazu, allerdings steht noch ein großes Fragezeichen hinter der Summe, mit der die Stadt für die Arbeiten in Schwebheim rechnen kann.

Die Verabschiedung des Haushalts ist in der März-Sitzung des Stadtrates geplant, informiert Schwarz. Welche Zahlen für den voraussichtlich Anfang April startenden Straßenbau in Schwebheim eingetragen werden, wisse er aktuell nicht. Ähnlich wie in Buchheim wird auch für Schwebheim mit einer Summe von rund 700 000 Euro gerechnet, die bei der Planung der beiden Maßnahmen vor der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge noch von den Anliegern zu tragen gewesen wären. Seit die Beiträge im Juni vergangenen Jahres rückwirkend zum 1. Januar abgeschafft wurden, droht allerdings für den diesjährigen Haushalt die Lücke.

Als Berechnungsgrundlage, wie diese geschlossen werden soll, dient den betroffenen Kommunen derzeit ein Schreiben, das Landtagsabgeordneter Hans Herold den Gemeinden in seinem Stimmkreis zukommen ließ. Demnach erhalten heuer all diejenigen Kommunen eine Straßenausbau-pauschale, die in der Vergangenheit eine entsprechende Satzung hatten und diese auch angewandt haben. Ab 2020 kommt die Pauschale allen Gemeinden im Freistaat zugute.

Das Problem stellt für das Burgbernheimer Stadtoberhaupt die Höhe der in Aussicht gestellten Straßenausbau-pauschale dar. Mit 35 Millionen Euro ist diese angegeben, hinzu kommen 65 Millionen Euro an Erstattungsleistungen für begonnene beziehungsweise fertiggestellte Maßnahmen, für die durch den Regierungsbeschluss keine Beiträge mehr erhoben werden konnten. Für den Straßenbau in Buchheim kann die Stadt Burgbernheim mit dieser Erstattungsleistung rechnen, Schwebheim fällt dagegen unter die Pauschale.

Für Landtagsabgeordneten Hans Herold gehören die beiden Summen zusammen, er geht daher von 100 Mil-



Voraussichtlich Anfang April starten die Straßenbauarbeiten in Schwebheim, die noch unter der Voraussetzung von Straßenausbau-Beiträgen geplant worden waren.  
Foto: Günter Blank

lionen Euro aus, die über dem Betrag liegen, der üblicherweise bayernweit im Jahr ausbezahlt wurde, als die Beitragssatzungen noch Bestand hatten. Im Vorfeld habe er viele Gespräche

mit Bürgermeistern geführt, galt es Unsicherheiten zu klären, sagte Herold, zwischenzeitlich aber wüssten diese über die Modalitäten Bescheid. Ausbezahlt werden können die ersten Mittel ihm zufolge, wenn der Doppelhaushalt rechtskräftig ist, die Verabschiedung hat sich durch die Wahlen nach hinten verschoben, sei aber für Mai geplant. Ab 2020, wenn alle bayerischen Kommunen in den Genuss der Straßenausbau-pauschalen kommen, steigt deren Summe auf 85 Millionen Euro, im „Endausbau“ ist der Betrag von 150 Millionen Euro vorgesehen, der jährlich ausbezahlt werden soll.

Problem für Schwarz ist nun, wie viel von der diesjährigen Pauschale von 35 Millionen Euro tatsächlich für Burgbernheim zur Verfügung steht, zumal ein

Berechnungsverfahren zugrunde gelegt wird, in das auch die Siedlungsfläche der betreffenden Kommunen einbezogen wird. Wenn auf der anderen Seite Metropolen wie Nürnberg auf den gleichen Topf zurückgreifen, mag der Burgbernheimer Bürgermeister nur vorsichtig kalkulieren.

Bei der Vorstellung der Berechnung in der jüngsten Stadtratssitzung verwies er auf den Hinweis von „mindestens 10 000 Euro“, die es als Pauschale je Kommune gebe. „Wir können uns auf eine Summe von 10 000 Euro plus X einstellen“, verbreitete er wenig Optimismus. „Für die mittelfristige Finanzplanung ist das ganz schlecht“,

bestätigte er den Einwand von Stadtrat Dietmar Leberecht, dass damit von einer Kompensation nicht gesprochen werden könne. „Es ist kein Ausgleich“, sagte auch Schwarz im Nachklang der Sitzung. Die mittelfristigen Planungen der Stadt wie etwa die Sanierung der Rodgasse oder das große Paket Streuobst-Kompetenzzentrum will er aktuell dennoch nicht verschieben, zumal für beide bestenfalls Planungsleistungen im diesjährigen Haushalt zu berücksichtigen sind.

Vielmehr verweist er auf die guten Steuereinnahmen und den zeitnah anlaufenden Verkauf von Bauplätzen, die die notwendigen Einnahmen mit sich bringen könnte, „es wird irgendwie so gehen müssen“. Kritisch sieht der Bürgermeister die Pauschalen dennoch, spricht von einer „Pseudoentschädigung“ und von einer unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, die am „Tropf des Freistaates“ hängen.

---

**„Wir können uns auf eine Summe von 10 000 Euro plus X einstellen.“**

---

*Matthias Schwarz  
Bürgermeister*

---